

Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint bischentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagblatt“ und „Militärische Unterhaltungsblatt“. / Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht 1,35 M., in den Kantoren 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalts, Betriebsstörung, Streik usw. ersicht jeder Anzeiger auf Zierung bzw. Rückschlus des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die halbspaltige Zeile 40 Pfg., Ausnahmengebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unbedingt gesicherter oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beleggebühren: 10.— M., das Kalend., zuzüglich Postgebühren. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 140

Dienstag, den 27. November 1928

30. Jahrg.

Neues in Kürze.

- * Die Ernennung des Ministerialdirektors von Driesen, des gegenwärtigen Leiters der Abteilung im auswärtigen Amt, zum neuen Völkischer in Moskau steht unmittelbar bevor.
- * Im Laufe dieser Woche werden die Minister die Antwort auf die deutsche Reparationsfrage erteilen. Der Zutritt der Konferenz wird für Januar, und zwar in Brüssel, ankommen.
- * Vor dem Landesoberberichter in Duisburg fand die Verhandlung im Eisenkonflikt zweiter Zusatztag.
- * Reichsaussenminister Dr. Stresemann erklärte in einer Sitzung des Reichstages über die Erneuerung der Regierungskoalition sowohl im Reich wie in Preußen eintritt.

Am Deutschlands Zahlungsfähigkeit

Deutsche Zeitschrift — Abschluß der Vorbereitungen
— Berlin, 24. November.

Im Laufe des heutigen Tages wird durch die deutschen Botschafter in Paris, London, Brüssel, Rom und Tokio das deutsche Memorandum über die Reparationsfrage überreicht.

Wie verlautet, wird in dieser Zeitschrift der deutsche Standpunkt, wie ihn Dr. Stresemann in seiner letzten Reichstagsrede skizzierte, nochmals beleuchtet. Insbesondere betont die Zeitschrift, daß nach Ansicht der Reichsregierung die Zeit noch nicht gekommen sei, um auf die materiellen Punkte des Reparationsproblems entscheidend einzugehen. Im Vordergrund der Verhandlungen der Sachverständigenkommission stehen zunächst lediglich die deutsche Zahlungsfähigkeit. Ferner weist das Memorandum darauf hin, daß der bisherige Zustand der Kommission nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern mindestens ebenso auch im Interesse der Alliierten gelegen sei.

— Berlin, 25. November.

Nachdem die deutschen Botschafter in den alliierten Hauptstädten den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage dargelegt haben und dabei den Inhalt ihrer Ausführungen auch schriftlich in einem sogenannten „aide memoire“ überreicht haben, ist die Debatte zwischen den Dames-Gläubigern in eine neue Etappe eingetreten, die aller Wahrscheinlichkeit nach aber nur noch einige Tage andauern. Man rechnet jetzt damit, daß noch Ende d. d. B. die Minister die Antworten auf die von einer gemeinsamen oder in getrennten Antworten auf den deutschen Schritt vom 30. Oktober sich mit der Bildung einer unabhängigen Sachverständigen-Konferenz einverstanden erklären werden. Die Ernennung der Sachverständigen und die Festlegung des Termins und des Tagungsortes kann dann ebenfalls in Kürze erfolgen.

Es war auffallend, daß sich die französischen Presse über den neuen deutschen Schritt bei den Alliierten in besonderem Maße aufregte. Wie sie es darstellt, hat der deutsche Schritt in den französischen Regierungskreisen lebhafteste Verwirrung hervorgerufen. Dies scheint aber, wie aus besonderen Informationen hervorgeht, nicht der Fall gewesen zu sein. Es lag dazu auch keine Veranlassung vor, denn die Regierung ist sich lebhaft in bestem Vertrauen, daß auf der Sachverständigen-Konferenz zunächst einmal die Leistungsfähigkeit Deutschlands festgestellt werden müsse und vorher keine Forderungen anerkannt werden dürften. Den wahren Sachverhalt schildert der immer gut informierte französische Journalist Sauerwein im „Matin“, der übrigens einen weitestgehend ruhigen Ton anschlägt. Sauerwein führt aus, daß die Gesamtheit der alliierten Forderungen schon bei weitem die Summe übersteige, die Deutschland auf Grund des normalen Dames-Jahres zu zahlen verpflichtet sei. Bedenkt man, daß Deutschland auf Grund seiner Wirtschaftslage auf der Sachverständigen-Konferenz betonen wird, daß das normale Dames-Jahr von 1913 bis 1914 ist, so wird die Widerinnigkeit der Forderungen klar.

In Paris informierten Kreisen nimmt man an, daß im Laufe dieser Woche die amerikanische Regierung eine Antwort erteilt wird, die Ermächtigung zur Ernennung eines amerikanischen Sachverständigen zu erteilen. Die Konferenz selbst dürfte dann etwa im Januar, und zwar wahrscheinlich in Brüssel, stattfinden.

Gerade auf Polen wurde gewartet.

Vorlauf gegen Rheinlanddrängung.

D. Warjan, 25. November.

Die polnischen Reichsparteien und die Piast-Partei haben im Sejm den Dringlichkeitsantrag eingebracht, die Regierung möge alle Schritte unternehmen, damit dem Artikel 423 des Versailles Vertrages Genüge geschehe, in dem bestimmt werde, daß die Räumung des Rheinlands mit einer genügenden Bürgschaft gegen deutsche Angriffsbedrohungen verbunden sein müsse.

Zur Stützung des Antrags wird Bezug genommen auf die Reichstagsaussprachen vom 15. und 16. sowie 19. und 20. November, in denen festgelegt worden sei, daß die

deutschen Rüstungen gegen Osten, vor allem gegen Polen, gerichtet seien, sowie daß die Vertreter verschiedener Parteien die Forderung einer Verringerung der deutsch-polnischen Grenze erhoben hätten, endlich, daß am 15. September in Genf die Verhandlungen über eine vorzeitige Rheinlanddrängung angebrochen worden seien.

Eigentlich kann man sich über diesen Schritt im polnischen Sejm kaum wundern, hat doch der polnische Außenminister Jalecki nach der Genfer Völkervereinbarung in Paris und auch noch späterhin versichert, sich in die Räumungsverhandlungen einzumengen. Damals ist es ihm allerdings nicht gelungen. Das aber jetzt polnische Parlamentarier heute mit so überflüssigen Angriffen gegen die Rheinlanddrängung agieren wollen, ist standlos, denn die ganze Angelegenheit hat mit Polen nicht das geringste zu schaffen. Polens Westgrenzen sind durch den Kellogg-Pakt und den Völkervereinbarung genügend gesichert, und es ist gar nicht einzusehen, daß Polen hier ein immerwährendes Hindernis in der europäischen Land- und auch noch besondere Vergünstigungen geschaffen werden sollen.

Die Verhandlungen in Duisburg.

Berufung im Eisenkonflikt.

Duisburg, 25. November.

In den Verhandlungen vor dem Duisburger Landesarbeitsgericht führte Landgerichtsleiter Kramer den Vorsitz. Den Verhandlungen wohnte auch ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bei. Neben dem beiderseitigen Rechtsanwältinnen waren erschienen als Vertreter der Arbeitnehmer die Bezirksleiter der drei Metallarbeiterverbände, ferner verschiedene Zeugen, darunter der Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Jäthen. Als Beisitzer fungieren auf Arbeitgeberseite die Herren Dr. Croll und Engelbach, auf Arbeitnehmerseite Emmel und Bernhard. Zur Verhandlung fand der Antrag der Metallarbeiterverbände, die Feststellungsfrage von Nordwest zu klären, sowie den Verzicht der Arbeitgeber, die Berufung abzugeben. Das Arbeitsgericht hat die Berufung nicht angenommen. Der Schiedspruch des strikten Schiedspruches an. Der Schiedspruch ist nicht verfallen worden. Die Rechtsanwältinnen der Arbeitnehmer erklären hierauf, daß sie eine Vertagung der Verhandlungen beantragen müssen, falls sich das Gericht der Ansicht des Klägers anschließen. Nach zweimaliger Beratung verlinktete das Gericht, es unterliehe nunmehr, daß der Schiedspruch nicht verfallen sei. Es letzten nunmehr die Ausführungen der Rechtsanwälte ein. Als erster sprach Rechtsanwalt Fränkel (Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes). Er machte rein formelle, streng juristische Ausführungen. Er betont, daß die Ansicht des Arbeitsgerichts Duisburg bei Beurteilung der Schlichtertätigkeit jede Rechtsordnung aufgehoben habe. Dr. Fränkel griff auch ein Gutachten der Regierung der anderen Partei, nämlich Abel, Gien, der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Dann trat eine kurze Pause ein.

Duisburg, 24. November.

In dem Berufungsprozess gegen das erstinstanzliche Urteil bezüglich des Lohnschiebspruches für die nordwestdeutsche Eisenindustrie gab das Landesarbeitsgericht Duisburg heute abend gegen 8 Uhr das Urteil bekannt; Das Vorderurteil wird abgeändert und der Berufung der Gewerkschaften stattgegeben. Die Klage der Arbeitgeber wird somit kostenpflichtig abgewiesen. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf eine Million Mark festgelegt.

Dieser Spruch des Landesarbeitsgerichts wird ohne Zweifel die Einlegung der Revision beim Reichsarbeitsgericht durch die Arbeitgeber zur Folge haben. Es ist übrigens zu berücksichtigen, daß er als zweistufiges Urteil vorläufig vollziehbar ist, d. h., daß der Schiedspruch bis zu einer gegenläufigen Entscheidung der obersten Instanz Rechtswirkung erlangen könnte. Es ist aber anzunehmen, daß die Gewerkschaften von der in diesem Urteilsstand liegenden Möglichkeit keinen Gebrauch machen werden. Vielmehr werden voranschreitend die Verhandlungen über die Einigungsverhandlungen beim Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf fortgesetzt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften nach dem jetzt vorliegenden obigen Urteil keinesfalls geneigt sein werden, von dem Schiedspruch abzugehen.

Tarifkündigungen in Mitteldeutschland.

50 000 Arbeiter sollen betroffen werden.

— Halle, 23. Nov.

Der Arbeitgeberverband für die mitteldeutsche Metallindustrie hat die Tarifkündigungen vom 31. Dezember d. J. gekündigt. Die Kündigung erstreckt sich auf Lohnaufschlag, Arbeitszeittariffen und Materialtariff. Betroffen werden in den drei Tarifgebieten Magdeburg, Halle und Anhalt insgesamt etwa 50 000 Arbeiter. Die Kündigung erfolgt zwar zunächst, um eine Vereinigung der Tarifverhältnisse herbeizuführen und einem erwarteten Vorgehen der Arbeitnehmerseite zuvorzukommen. Dennoch ist aber ein Zusammenhang mit dem Konflikt bei Welt Nordwest nicht von der Hand zu weisen, da die mitteldeutsche Maschinenindustrie in hohem Maße von Materiallieferungen aus dem Westen abhängig ist.

Rückblick.

Nach vielmönatlicher Abwesenheit und Genesung von schwerer Krankheit hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann sofort nach Wiederübernahme seiner Amtstätigkeit dem Reichstag über die Wege und Absichten der deutschen auswärtigen Politik in einer großen, teilweise auf ungewöhnlich hohem Niveau stehenden Debatte Rede und Antwort gegeben. Die Zeit seines Fernseins vom Amt war ungewöhnlich reich an außenpolitischen Geschehnissen erster Ordnung. Zu ihnen allen hat der Reichsaussenminister in einer kurzen, vorher zu Papier gebrachten Erklärung Stellung genommen, soweit die Entwicklung der Dinge dies gestattete.

Die hier zurückhaltende Art und Weise, mit der er Deutschlands Stellung gegenüber den dunklen Vorgängen bei Abschluß und Auseinanderfallen des französisch-englischen Seepatts präziserte, hat sonderbarerweise, obwohl sie von einem Teile der deutschen Presse geradezu als eine höfliche Verneinung gegenüber England gedeutet worden ist, sowohl in der Wehrzahl der englischen als auch der französischen Blätter, ungewöhnlich scharfe Kritik erregt. Während englische Organe geradezu von Angriffen gegen die englische Politik.

Die Gründe für diese Haltung der Londoner und Pariser Presse sind mannigfaltiger Art. Die englischen Beziehungen — wenn man so sagen darf — besonders in der letzten Zeit in Frankreich sehr stark Aufmerksamkeit und noch die Zeit verfuhrte der „Temps“ in einer langen Berliner Korrespondenz das Entstehen eines scharfen deutsch-englischen Gegensatzes festzustellen. In England selbst fälligen die bevorstehenden Wahlen oft genug und oft mehr als zulässig die tatsächliche Einstellung der Politiker und Journalisten zu den Problemen, und jede Äußerung, die in dieser Zeit von jenseits des Kanals zu uns herüberdringt, muß also mit dem berühmten Königs Satz genossen werden. Allerdings ist für die Haltung der konservativen englischen Blätter noch zu bedenken, daß wenige Tage vor Stresemanns Erklärung zur Außenpolitik das englische Kabinett in Berlin Beziehungen der Erklärungen über den angeblich englischen Geist der englischen Politik und den Sinn des Flottenabkommens abgeben ließ. Vielleicht hatte man in konservativen englischen Kreisen gehofft, Dr. Stresemann würde mit Rückblick auf die bevorstehenden Reparations- und Räumungsverhandlungen die internationale Höflichkeit soweit er treiben, daß er die erwähnten englischen Erklärungen benutzen werde, um der angeblich englischen Parlamentsmehrheit die Abwehr der unangenehmen liberalen und arbeitertypischen Angriffe gegen die Außenpolitik in der Wahlkampagne zu erleichtern.

Daß der gegen Dr. Stresemann von der äußersten Rechten eingebrachte Mißtrauensantrag nach der außenpolitischen Debatte mit überwältigender Mehrheit abgewiesen und so dem angeblich linken Kabinett ein besonderes klares, indirektes Vertrauensvotum erteilt wurde, hat seinen Grund nicht nur in der Tatsache, daß erneut Verhandlungen über die große Koalition auf Anregung des Reichstages, wie es heißt, ins Rollen gebracht worden sind, sondern auch darin, daß man bei mehr als einer Partei des Hauses die Konsolidierung der Regierung auf möglichst fester Grundlage gerade angeht. Die bevorstehenden und so überaus bedeutungsschweren internationalen Verhandlungen müssen möglichst zu verwirklichen, den die Verantwortung und Pflicht der ungeliebten Panzerkreuzer des Parteie in weitesten Kreisen hervorgerufen hat. Viele Debatten dieser Art werden weder der Reichstag als solcher noch die einzelnen beteiligten Parteien überstehen können, ohne ihre Autorität bei der Wählerschaft auf das Empfindlichste zu schädigen. Diese Erkenntnis kam denn auch in den Reden der Wortführer fast aller Parteien klar zum Ausdruck.

Während die die Politik innerhalb der konservativen Reichsgrenzen den unterschiedlichsten Schwankungen ausgesetzt war, hat bei den unter der Herrschaft einer Völkervereinbarung stehenden Deutschen das Saragottes eine an sich unbedeutendes Ereignis die Unhaltbarkeit des dort durch den Versailles Vertrag künstlich geschaffenen Regimes schlagartig beleuchtet. In Anlehnung des bisherigen „Staatskommissars“ der Saarregierung beim Landestat, des dem Zentrum nahestehenden Dr. Heym, der in den Ständ der Einzigbeten Sparlaste verurteilt war, ist in Gestalt eines Herrn Dr. Kadenbender ein Nachfolger für

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 26. November 1928.

Beforgt die Weibnacht rechtzeitig!

Das Weihnachtsfest steht bevor. Leider regt sich im Geschäftsverkehr immer wieder, daß die Weihnachtseinkäufe nicht zum Kräftigen der Käufer mit der Verkäufer und Inhaber häufig erst in den letzten Tagen und Stunden vor der Beförderung vorgenommen werden.

In der Mehrzahl der Fälle besteht hier kein zwingender Grund. Die Folge sind Ueberfüllung der Geschäftslöcher, Haft, Eile und Unbequemlichkeiten: das Kaufen, das Fremde mit sich bringt Verkehr und Verdruß. Die Geschäftsinhaber und ihre Angestellten sind trotz besten Willens nicht in der Lage, die Bedienung mit Sonntags zur Zufriedenheit des Käufers vorzunehmen; ihre so kurz bemessene Freizeit wird dadurch noch gekürzt, daß die gefüllte Ladenschließzeit durch Zuebebedienen und Aufräumen wesentlich überschritten wird. Und sollen die im Einzelhandel Beschäftigten, für die es keinen freien Samstag-Nachmittag wie in den anderen Berufen gibt, nicht auch Anrecht auf Freizeit und Erholung haben?

Daraufhin, Mütter, Weihnachtseinkäufer, habt Verständnis für die sozialen Schwächen, die ihre euren Mitmenschen unter den Geschäftsinhabern und Angestellten zuzufügt. Deckt euren Weihnachtbedarf rechtzeitig und laßt in den Vormittagsstunden ein. Am Heiligen Abend erledigt eure bringenden letzten Käufe spätestens bis 4 Uhr nachmittags.

* Am Sonntag, den 2. Dezember, gibt im Hotel „Blauer Pech“ das Wittenberger Stadttheater seine erste Vorstellung in Kemberg. Zur Aufführung gelangt zum Andenken an Franz Schubert „Das Dreimäderlhaus“. In Wittenberg hat sich das Theater schnell die Anerkennung aller Einwohner erworben. Fast alle Aufführungen müssen mehrmals wiederholt werden, und jedesmal ist ein volles Haus vorhanden. Ein Besuch der Vorstellung ist daher jedem zu empfehlen.

* Die Einbrecher sind wieder da. In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag flatterte sie ihren ersten Versuch dem Kupferblechmeister Fritz Zeibler in der Gartenstraße ab. Durch Öffnen der Hintertüren verschafften sie sich Eingang zum Hof und fanden die Tür zum Gartenflur, aus dem sie 50 Legeteile entwendeten und gleich abladeten. Andere Gegenstände wurden nicht entwendet. Allein Anzeichen nach wurden die Täter gefürchtet oder sie hatten es nur auf die Gärten abgesehen. Die Spuren am Tatort zeigen, daß auch ein halbes Weizen, mit langen Haaren sich am Raubzug beteiligt hat. In der gleichen Nacht wurde auch bei dem Schlossherrn Otto Richter Leipzig, ein Einbruch verübt. Hier wurden die Täter aber vorzeitig gefürchtet. Öffentlich gelingt den Polizeibeamten die Festnahme.

* Die Reichsbahn lehnt jede Vergünstigung für Schwerbehinderte ab! Wie uns vom Reichsverband Deutscher Kriegeseldfähiger und Kriegshinterbliebener mitgeteilt wird, hat die künftige Tarifkommission der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft den gemeinsamen Antrag der Kriegeselder-Organisationen, anlässlich der Einführung des Zweiflassenverkehrs bei der Reichsbahn die Fahrpreisermäßigung für Schwerbehinderte in Gestalt des Benutzungsberechtigtes der Militärfahrkarte wie gegenüber den Reichswehrgenossen bestehen zu lassen oder diesen die Benutzung der Postfahrkarte zuzugestehen, abgelehnt. Der Reichsverband wird sofort in geeigneter Weise an den Reichstag herantragen, um die Aufrechterhaltung dieser durch die Allgemeinheit getragenen Opfer mehrwertigen Vergünstigung durchzusetzen.

* Erhebung von Brückengebühren bei staatlichen Elbebrücken. Auf der Wittenberger und Zorkauer Elbebrücke wird zugeht von Fußgängern, die eine Last ziehen, für nicht angepasste Tiere, für Fuhrwerke jeder Art, sowie für Fuhrwerke ein Brückengeld erhoben. Unter Hinweis auf die Tatsache, daß die Erhebung dieses Zolls von den Bewohnern des Landkreises als drückend empfunden wird, hat ein Landtagsabgeordneter das Staatsministerium in einer kleinen Anfrage um Aufhebung des Brückenzolls. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, beantwortet der preussische Handelsminister die Anfrage folgendermaßen: Bei den staatlichen Elbebrücken zu Zorkau und Wittenberg ist das Recht zur Erhebung von Brückengebühren verpackt, während die Unterhaltung und Erneuerung der beiden Brücken dem Staat obliegt. Die Einnahmen des Staates bei den Brücken, die aus den Pachtsummen und den Brückenunterhaltungszuflüssen aus der Kraftfahrzeugsteuer bestehen, sind im Verhältnis zu den hohen laufenden Brückenausgaben, die der Staat aufzuwenden hat, gering. Es soll aber geprüft werden, ob die Brückengebühren, insbesondere für landwirtschaftliche Fuhrwerke, ermäßigt und für Fuhrwerke gänzlich aufgehoben werden können, ohne daß gleichzeitig eine Entlastung der Pachtsumme erforderlich wird. Eine Aufhebung der sämtlichen Brückengebühren für den Nichtkraftfahrzeugverkehr erscheint bei den beiden Brücken zurzeit nicht angängig, weil der Staat bei seiner ungenügenden Finanzlage auf die Vorkasse der Pächter völlig verzichten kann und zur Deckung dieses Einnahmeverlustes Mittel aus der Kraftfahrzeugsteuer nicht zur Verfügung stehen.

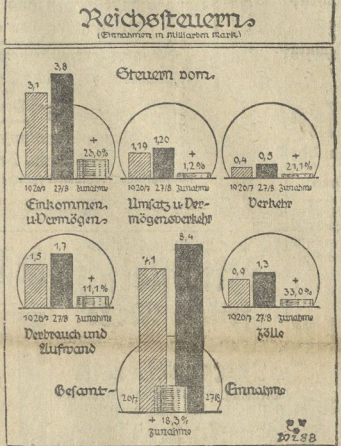
* Bergwitz, (Autounfall). Ein Transportzug der Kraftverkehrsgeellschaft des Freistaats Sachsen-Anhalt befand sich in den frühen Morgenstunden des Freitags gegen 3 Uhr auf dem Wege von Leipzig über Grödenhain nach Berlin. Etwa 3 Kilometer hinter Bergwitz verfuhr ein Stundebahner-Personenwagen diesen Lastzug zu überholen, als dieser dann plötzlich etwas nach links bog, so daß der Personenwagen hierdurch gegen zwei Bäume fuhr und im Graben zu liegen kam. Der Wagen wurde erheblich beschädigt. Außer dem Chauffeur befand sich niemand in diesem Wagen, jedoch kam derselbe glücklich nur mit dem Schrecken davon.

* Feiern, 23. November. (Ein Bürgermeister verlangt Provision für Verpflegung einer Anleihe.) Im Gemeinderat gab es eine ungewöhnliche Auseinandersetzung mit dem Bürgermeister Winkos. Dieser hatte in seiner Eigenschaft als Vorkämpfer des Verbandsamtes für die Verpflegung einer 100.000-Mark-Anleihe vom Wasserwerks-

ausschuss eine Provision von 2000 Mark verlangt. Die Stadtvorordneten forderten Aufklärung, die damit endete, daß vom Ausschuss das Annehmen des Bürgermeisters abgelehnt wurde und ein Antrag Annahme faßte, wonach den Beamten grundsätzlich keine Entschädigung für Verwaltungsarbeiten gewährt werden dürfe, die in ihrem Bereiche liegen.

* Geln. (Die Geschichte vom barnhägerischen Samariter in überlebender fahrung.) Schenke; Mitte der Gauhse Groppenheide — Geln. Im Straßengraben ein Unglücklicher, der von einem Auto überfahren ist, das schlingt das Weite gesucht hat. Ein eilfertig herbeigekommener Arzt bemüht sich um den Sterbenden. Ein anderes Automobil fährt heran; der Arzt hebt die Hand, es hält: „Wären sie wohl die Güte, diesen Schwerverletzten in das Krankenhaus Geln mitzunehmen?“ Antwort: „Gewiß, ich will nur noch schnell meine Damen unterbringen, auf der Straße können sie doch nicht bleiben. Ich komme dahinst zurück.“ Sprich's und verschwindet auf Nummerverleiher. Ein zweites Automobil. Genau der gleiche Verlauf. Ein drittes Automobil hält von selbst. Der Besizer vom Sacherplatz fuhr verständig, ruft aus: „Meine Damen legen sich einwieilen in den Straßengraben, bis ich sie wieder abhole. Erst muß der Verunglückte georgert sein.“ Beim vorstichtigen Aufhaben des Sterbenden erzählt der Arzt, was vorgegangen. „Aber“ — erwidert der Besizer des Autos — „ich denke, es ist Christenpflicht, in solchen Fälle sofort zu helfen. Ich bin nämlich — Jude!“ — So gehen im Jahre 1928.

* Immenrode. (Aus der guten alten Zeit.) Hier besteht noch ein altes Ortsfest, nach dem alle körperlich Tauglichen von 18 bis 50 Jahren zu Leistungen beim Straßenbau herangezogen werden können. Ein Teil der Leute hat aber die Arbeit verweigert, als sie zum „Straßenbau aufgefördert“ wurden und hat gerichtliche Entscheidung verlangt.



* Weipenfels. In tohendes Wasser gekürzt. Bei einem Rundzuge zum Abstreifen der Manometer für die Angestellte Wette aus Oberbrölingen in den Leunawerten in ein mit kochendem Wasser gefülltes Bassin und wurde dabei am ganzen Körper lebensgefährlich verbrüht.

* Bebra. Des Vaters Mühle angezündet. Bekanntlich brannte kürzlich die bei dem benachbarten Dorfe Ransorte gelegene Vermühle vollständig nieder. Schon damals wurde Brandstiftung vermutet. Nunmehr ist der Sohn des Mühlenbesizers wegen Verdahts, die Mühle vorsätzlich in Brand gesetzt zu haben, verhaftet worden. Er leugnet noch die Tat.

* Zeitz. Na dem 8. d. H. In Goltshain (Bezirk Zeitz) gab in der Nacht beim Auseinandergehen von einer Hochzeitsgesellschaft ein Fleischerjunge einen Schuß auf eine ihm befreundete Sauzangehülle ab und verletzte sie schwer am Kopf. Er selbst erhielt sich durch eine zweite Kugel.

* Hohenehren. Jagd nach Wilderern. Jagdschüsse fielen in einer der letzten Wälder Wilderer und die schon seit längerer Zeit ihr Handwerk treiben. Die Beamten machten von der Schußwaffe Gebrauch, als die Uebelthäter die Flucht ergreifen und trotz Anrufes nicht stehen. Unter Hinterlassung von Wulfpuren sind sie entkommen.

* Spidendorff. Die Sprengkapsel. Der Mauerlehrling Waldewig aus Spidendorff (Saalkreis) fand in Gäß auf der Straße eine Sprengkapsel, die er in seine Tasche steckte und mit nach Hause nahm. Beim Hartieren und näherer Untersuchung der Sprengkapsel gefahrte diese und rief den Besizer in größeres Stück Fleisch aus dem Oberkniele heraus. Die Polizei ist eifrig auf der Suche nach der Herkunft dieser Sprengkapsel. In den umliegenden Steinbrüchen werden derzeitige Sprengkapseln nicht vermandt.

* Dersbühnen. Metalliebstähle. Umfangreiche Metalliebstähle von Kupfer und wertvollen Maschinenbestandteilen im Werte von mehreren Tausend Mark wurden bei der Abbruchfirma des Alder-Kalmeres entdeckt. Die Polizei hat die Spur sofort aufgenommen und den Tätern das Handwerk gelegt.

* Weitz. Wenn ein Schwein einen Schreck bekommt. Ein eigenartiger Vorfall, der sich hier abspielte, macht zur Vorsicht für Schweinebesitzer. Ein hiesiger Einwohner ließ sein über drei Zentner schweres, schlachtreifes Schwein auf dem Hofe herumspazieren. Hierbei ist es jedoch in die Nähe des klaffen Hofendes gekommen. Der Hund ließ das Schwein in den Mist und vor Schreck lief das Tier einen Schlaganfall, so daß es verendete. Für den Besizer ist es ein empfindlicher Verlust.

beschaffen wollten. Das Auftreten der beiden Männer herunrlugte die Frau, da sie von einer solchen Stützung nichts wußte und sie drängte die Männer aus der Wohnung hinaus, worauf sie die Tür abschloß. Wahrscheinlich handelt es sich bei den Besuchern um Verbrecher, die auf diese Weise die Gelegenheit zu Einbrüchen auszunutzen wollen, oder sonst etwas im Schilde führen.

* Torau. Oberbürgermeister verlagte seine Stadt. Der Oberbürgermeister Güte führte in der Dunkelheit über einen aus der Erde herausragenden gubereitern Behälter. Der Sturz hatte einen Einbruch zur Folge. Der Verunglückte will die Stadt haftbar machen.

* Schmerin. Brandstiftungsepidemie in der Prieognitz. In der Prieognitz nahmen die Brandstiftungen in letzter Zeit in bedenklichem Maße zu. In der Nacht zum Sonnabend wurden im Dorfe Rabber zwei umfangreiche Wirtschaftsgelände in Mische gelegt. Der Wert stand im Schutze in Mische zu bringen, sind beträchtliche Erntevorräte mit vernichtet worden. Als Brandursache wird Brandstiftung angenommen. Ein weiterer großer Brand wütete in der Ortschaft Priffer, wo ein Wirtschaftsgelände mit sämtlichen Heu- und Strohvorräten in Mische gelegt wurde. Außer Ober-Geschäften sind auch sämtliche Maschinen mit vernichtet. Auch in diesem Falle ist als Entzündungsursache Brandstiftung angenommen.

* Kassel. Bauunglück. Auf einem Bauplatz in der Weinger Straße ereignete sich gegen 11 Uhr ein Bauunglück. Auf einem an der Außenwand eines Neubaus angebrachten Gerüst waren acht Arbeiter beschäftigt, als das Gerüst plötzlich nachgab und in sich zusammenfiel. Die Leute wurden sämtlich mit in die Tiefe gerissen. Zwei von ihnen erlitten ernste Verletzungen, die übrigen kamen teils mit geringfügigen Hautabwühlungen, teils mit dem Schrecken davon.

* Leipzig. Die Folgen einer Ohreige. In der Regelstraße in Leipzig-Ehrenberg erhielt sich nach einer aufregenden Auseinandersetzung mit seinem Vater der 16-jährige Schüler Fritz Dorge. Der Vater stand dem Sohn wegen seines leichtfertigen Lebenswandels zur Rede gestellt und ihm im Verlauf der Auseinandersetzung eine Ohrpege gegeben. Der Junge schickte in seine Kammer und gab durch die verschlossene Tür zwei Schüsse auf seinen Vater ab, die diesem dieht am Kopf vorbeigingen. Hausbewohner alarmierten die Polizei, die die Frau gewaltam öffnete. Fritz Dorge gab einen Schuß auf den Beamten ab, der jedoch kein Ziel verfehlte. Als ihn der Beamte durch gültiges Juraden behauptigen wollte, richtete er die Waffe gegen sich selbst und tötete sich durch einen Schuß in die Schläfe. Die Leiche wurde von der Polizei befragungsunt.

* Dortmund. Raubüberfall auf eine Banl. Nachmittags überfielen zwei Räuber den in der Nebenstelle der Gewerbebank in Serne-Sollingen allein anwesenden Kassierer und zwangen ihn unter Bedrohung mit Pistolen, den Kasseninhalt zu öffnen, aus dem sie etwa 3000 Mark entwendeten. Anzur haben die Täter die Telefonleitungen zerstört. Die Räuber entkamen unertant.

* Duisburg. Frecher Schußgelddraub. Ein Duisburger Schußgelddraub, der Duisburger Kaufirma Koller, der mit 7000 Mark Schußgelddraub auf dem Wege zu einer Baustelle war, wurde in der Nähe des Botanischen Gartens von zwei Räubern mit vorgehaltenen Revolvern zur Herausgabe des Geldes gezwungen. Die Räuber sind unertant entkommen.

* Plozetzen. Sechs Anwesen durch Großfeuer verunglückt. In Dönnen brach in der Nacht Großfeuer aus, das sich über den wägenen Strauß ausbreitete. Dem Brand fielen sechs Wohnhäuser und sechs Scheunen mit sämtlichem Inventar zum Opfer. Der Viehbestand konnte zum größten Teil gerettet werden, doch sind die Fuhrwerke dem Feuer zum Opfer gefallen. Der Schaden ist sehr groß, neun Familien mit 25 Köpfen sind obdachlos.

* Embden. Drei Todesopfer eines tragischen Unglücksfalls. Auf der Landstraße nach Groß-Wolde (Sprechtland) ereignete sich ein tragischer Unglücksfall. In einem Bauernwagen mit vier Reitern löste sich aus Unbekannter Ursache die Gabelschleife, wodurch der Wagen von der Straße in einen tiefen Graben rollte und sich überstülpte. Drei Personen, ein Lenkwer mit seiner Frau und seine 5-jährige Tante, wurden auf der Stelle getötet. Ein lebensgefährlich Wüdhän ist schwer verletzt.

Kleine Chronik.

* Passagierflugzeug abgestürzt. — Drei Tote. Bei einer Sturm in der Nähe von Spokane (Vereinigte Staaten) ist ein dreimotoriges Passagierflugzeug abgestürzt. Drei Insassen wurden sofort getötet, drei weitere schwer verletzt.

* Die Befragung des Dampfers „Virginia“ greiftet. Wie aus Lisbon gemeldet wird, ist die Befragung des gesunkenen Dampfers „Virginia“ von einem spanischen Fischerboot aufgenommen und in Portugal an Land gebracht worden.

* Schwerses Einsturzungslück in einer Trennanhalt. Wie der „Popolo d'Italia“ meldet, ereignete sich in der Trennanhalt der Gemeinde Pontone ein schweres Unglück. Die Decke eines Schiffskaales, in dem sich 15 Frauen befanden, stürzte plötzlich ein und rief die Ungefährlichen, da auch der Fußboden durchbrach, mit in die Tiefe. Drei Geisteskranke wurden auf der Stelle getötet, sieben andere mehr oder weniger schwer verletzt.

* Schrecklicher Mord an einem zwölfjährigen Kinde. In Schwabrig bei Wetzl ermorde ein Arbeiter seine Tochter und ihr uneheliches Kind auf hässliche Weise. Er war vom Gericht zur Ertragung der Mimente für das bereits zwei Jahre alte Kind verurteilt worden. Nach dem Urteil begab er sich in die Wohnung seiner Geliebten und tötete diese durch einen Schuß in den Kopf. Dann stürzte er sich auf das Tochterbett, dem er den Bauch aufschlitzte und den Hals durchstieß. Nach der Tat verließ er Selbstmord zu begehen, wurde jedoch von Soldaten daran verhindert und ins Gerichtsgefängnis eingewiesen.

* Sprengschiff tötet vier Arbeiter. Bei Bauarbeiten am Eisenbahntunnel Santiago-La Corona in Spanien wurden durch einen vorzeitig losgegangenen Sprengschiff vier Arbeiter getötet und fünf schwer verletzt.

* Schlimme Zustände in Wetzl. Die Zustände in Wetzl, die sich seit Verlegung der Rüstierung nach Kanting ständig verschlechtert haben, nähern sich dem Chaos. Der Nahrungs- und Brennstoffmangel ist auch für die vermögenden Kreise angedeutet drückend geworden. Die Straßenbahnen haben, nachdem sie ihre Förderwagen auf volle Befüllung für den Transport von Soldaten nicht durchgehen konnten, sich genötigt, überhaupt noch Fahrgäste entgegenzunehmen, so daß gegenwärtig jeder amsonst fahren kann.

Holzauktion.

Donnerstag, den 29. November 1928, vormittags von 10 Uhr ab, verkaufe auf meinem Platz auf Uthautener Flur ca. 25 Kiefern Stangenhaufen ca. 3 rm eichene Rollen öffentlich meistbietend. Bedingungen im Termin. Sammelort: Alte Gräfenhainicher Straße an der Drahtseilbahn.
Richard Teller, Kemberg



Ein vorbildliches deutsches Fabrikat

das von Grund auf aus deutschem Material von deutschen Arbeitern in unserer Fabrik in Wittenberge Bez. Potsdam hergestellt wird 8000 Arbeiter und Angestellte
SINGER NÄHMASCHINEN AKTIENGESELLSCHAFT
Wittenberg (Bez. Halle), Markt 12

Junges fettes Rindfleisch frische Flecke
empfehlen **Louis Richter**

Triumph-Motorräder
500 ccm, fabriktreu, Ausnahmepreis 1090,— sofort lieferbar.

Auto-Heinze, Wittenberg
Fernruf 2040

4) **Fahrschule aller Klassen**

Laubsägekästen

Laubsägevorlagen
Werkzeugkästen
Baukästen

Mundharmonikas
empfehlen **Richard Arnold**

ff. Rübensaft
Muskewitz Syrup
Pflaumenmus
Marmelade Kunsthonig
Saure Gurken
Sauerkohl

alle Sorten Käse
empfehlen **J. G. Glaubig**

Jüngeres ordentliches Dienstmädchen

(jedoch nicht unter 16 Jahren) für Gartenbau und Landwirtschaft gesucht
Wittenberg, Schöngassestr. 5

Möbliertes Zimmer
zu vermieten. Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl.

Arbeiter-Radfahrer-Bund Ortsgruppe Kemberg

Zu dem am 1. Dezember im Schützenhaus stattfindenden

Tanzvergnügen

ladet Freunde und Gönner ergebenst ein Der Vorstand
Anfang abends 7 Uhr

Prima junges fettes Rindfleisch frische Flecke
empfehlen **A. Krausemann**

Bürger-Verein
Dienstag, den 27. November, abends 8 Uhr in der Bahnhofswirtschaft
Versammlung
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben
Der Vorstand

Boranzzeige Ratsstellers
Sonntag, den 2. Dezember
Kirmes

Kostenanschlag-Formulare empfiehlt ab Lager **Rich. Arnold**

Nach kurzem Krankenlager verschied gestern mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater
der **Sattlermeister**
Gottlieb Albert Krüger
Ehrenmeister der Handwerkskammer Halle (Saale) im 75. Lebensjahre.

Um stilles Beileid bitten

Frau Bertha Krüger
Familie Albert Krüger
Familie Ernst Krüger

Die Beerdigung findet Donnerstag, den 29. November, nachmittags 2 Uhr vom Trauerhause aus statt

Danksagung.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Entschlafenen sagen wir allen unsern Freunden, Verwandten und Bekannten unsern herzlichsten Dank für das ehrenvolle Geleit zur letzten Ruhestätte. Besonderen Dank Herrn Propst I. R. Meyer für die Trostesworte, sowie Herrn Konrektor Pade nebst Schulkindern für den erhebenden Gesang. Vielen Dank auch der Jugend, welche sich in so reicher Zahl am letzten Gang beteiligt hat, und allen denen, die ihren Sarg so reich mit Blumen schmückten. Alles dies hat unserm Herzen wohl getan.

Familie Reinhold Müller



Henko-Veichsoda macht das umständliche Vorwaschen der Wäsche überflüssig. Liebesagen Sie bitte, wieviel Zeit und Arbeit Sie dadurch sparen können.

Willkommene
Weihnachts-Geschenke
für Jung und Alt!

Gute Briefpapiere in Kassetten, Mappen und lose, Jugendschriften, Schreibzeuge, Brieföffner, Petschaft, Aktenmappen, Brieftaschen, Portemonnaies, Handtaschen, Zigarren- u. Zigarettenetuis, Penkalableistifte, Füllfederhalter sowie sämtliche Schul- und Zeichenartikel

Richard Arnold
Buch- u. Papierhandlung
Kemberg
Leipzigerstraße 64/65

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheinung wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt“ und „Militärisches Unterhaltungsblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Am Falle höherer General- und Betriebsabgaben, Streich u. a. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die bezahlte Postzeitung oder deren Raum 15 Pfg., die bezahlte Adresszeitung 40 Pfg., Ausnahmefähigkeit 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich beschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. — Beleggebühren: 10 — M., das Laubent, zusätzlich Postgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg,

das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 140

Dienstag, den 27. November 1928

30. Jahrg.

Neues in Kürze.

Die Ernennung des Ministerialdirektors von Driesen, des gegenwärtigen Leiters der Abteilung im Wasserrichteramt, zum neuen Beisitzer in Mostau steht unmittelbar bevor.

Im Laufe dieser Woche werden die Ministerien die Antwort auf den deutschen Reparationsfrist erteilen. Der Zulassenschein der Konferenz wird für Januar, und zwar in Brüssel, angenommen.

Vor dem Landesarbeitsgericht in Duisburg fand die Verhandlung im Eigentumsstreit zwischen der KEMBERGER ZEITUNG und dem Verlag statt.

Reichsanwalt Dr. Stresemann erklärte in einer Sitzung des Reichsausschusses der Deutschen Reichspartei, daß der Sachverhalt für die Erweiterung der Regierungskoalition sowohl im Reich wie in Preußen eintreife.

Am Deutschlands Zahlungsfähigkeit

Deutsche Denkschrift — Abschluß der Vorbereidungen

— Berlin, 24. November.

Im Laufe des heutigen Tages wird durch die deutschen Reichspartei in Paris, London, Brüssel, Rom und Tokio das deutsche Memorandum über die Reparationsfrage überreicht.

Wie verlautet, wird in dieser Denkschrift der deutsche Standpunkt, wie ihn Dr. Stresemann in seiner letzten Reichstagssitzung darlegte, nochmals dargelegt. Insbesondere betont die Denkschrift, daß nach Ansicht der Reichsregierung die Zeit noch nicht gekommen sei, um auf die materiellen Punkte des Reparationsproblems entscheidend einzugehen. Im Vordergrund der Verhandlungen der Sachverständigenkommission ründe zunächst lediglich die deutsche Zahlungsfähigkeit. Ferner weist das Memorandum darauf hin, daß der nächste Zusammenkunft der Kommission nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern mindestens ebenso auch im Interesse der Alliierten gelegen sei.

— Berlin, 25. November.

Nachdem die deutschen Reichspartei in den alliierten Hauptstädten den deutschen Standpunkt in der Reparationsfrage dargelegt haben und dabei den Inhalt ihrer Ausführungen auch schriftlich in einem sogenannten „aide memoire“ überreicht haben, ist die Debatte zwischen den Dames Göttern in eine neue Phase eingetreten, die aller Wahrscheinlichkeit nach aber nur noch einige Tage andauern. Man rechnet jetzt damit, daß noch Ende dieser Woche die Ministerien sich entweder in einer gemeinsamen oder in getrennten Antworten auf den deutschen Schritt vom 30. Oktober sich mit der Bildung einer unabhängigen Sachverständigen-Konferenz einverstanden erklären werden. Die Ernennung der Sachverständigen und die Festlegung des Termins und des Tagungsortes kann dann ebenfalls in Kürze erfolgen.

Es war auffallend, daß sich die französische Presse über den neuen deutschen Schritt bei den Alliierten in besonderem Maße aufregte. Wie sie es darstellt, hat der



Auf Erlegung des Urtrags wird Bezug genommen auf die Reichstagsansprachen vom 15. und 16. sowie 19. und 20. November, in denen festgelegt worden ist, daß die

deutschen Ruffungen gegen Polen, vor allem gegen Polen, gerichtet seien, sowie daß die Vertreter verschiedener Parteien die Forderung einer Aenderung der deutsch-polnischen Grenze erhoben hätten, endlich, daß am 15. September in Genf die Verhandlungen über eine vorzeitige Rheinlandräumung angebrochen worden seien.

Eigentlich kann man sich über diesen Schritt im polnischen Sejm kaum wundern, daß der polnische Außenminister Jaleski nach der Genfer Völkerbundsversammlung in Paris und auch noch späterhin verhielt, sich in die Räumungsverhandlungen einmengen. Damals ist es allerdings nicht gelungen. Daß aber jetzt polnische Parlamentarier damit, mit so unbedingten Ansätzen gegen die Rheinlandräumung agitieren wollen, ist wunderbar, denn die ganze Angelegenheit hat mit Polen nicht das geringste zu schaffen. Volens Willens sind durch den Kellogg-Pakt und den Völkerbundsvertrag genügend gesichert, und es ist gar nicht einzusehen, daß Polen für einen immerhin möglichen Einfall in deutsche Land und auch noch besondere Vergünstigungen geschaffen werden sollen.

Die Verhandlungen in Duisburg.

Verhandlung im Eigentumsstreit.

— Duisburg, 25. November.

In den Verhandlungen vor dem Duisburger Landesarbeitsgericht führte Landgerichtsdirektor Kramer den Vorsitz. Den Verhandlungen wohnte auch ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums bei. Neben den beiderseitigen Rechtsanwältinnen waren erschienen als Vertreter der Arbeitnehmer die Vorsitzende der drei Metallarbeiterverbände, ferner verschiedene Jungen, darunter der Schlichter, Oberlandesgerichtsrat Dr. Böhm, als Beisitzer fungieren auf Arbeitgeberseite die Herren Dr. Croll und Engelhard, auf Arbeitnehmerseite Emmel und Sternhard. Zur Verhandlung fand der Antrag der Metallarbeiterverbände, die Feststellungsfrage von Nordweitz zurückzuziehen, sowie derjenige der Arbeitgeber, die Verhandlung abzuweisen.

Es leiteten nunmehr die Ausführungen der Rechtsanwältin ein. Als Erster sprach Rechtsanwalt Fränkel (Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes). Er machte rein formelle, streng juristische Ausführungen. Er betont, daß die Ansicht des Arbeitsgerichts Duisburg bei Beurteilung der Schlüßfertigkeit keine Rechtsordnung aufgehoben habe. Dr. Fränkel griff auch ein Gutachten der Gegenseite an. Danach sprach Rechtsanwältin Abel, Cifen, der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Dann trat eine kurze Pause ein.

Es leiteten nunmehr die Ausführungen der Rechtsanwältin ein. Als Erster sprach Rechtsanwalt Fränkel (Vertreter des Christlichen Metallarbeiterverbandes). Er machte rein formelle, streng juristische Ausführungen. Er betont, daß die Ansicht des Arbeitsgerichts Duisburg bei Beurteilung der Schlüßfertigkeit keine Rechtsordnung aufgehoben habe. Dr. Fränkel griff auch ein Gutachten der Gegenseite an. Danach sprach Rechtsanwältin Abel, Cifen, der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Dann trat eine kurze Pause ein.

Duisburg, 24. November. In dem Berufungsprozess gegen das erstinstanzliche Urteil bezüglich des Lohnschiedspruchs für die nordwestdeutsche Eisenindustrie gab das Landesarbeitsgericht Duisburg heute abend gegen 8 Uhr das Urteil bekannt: Das Vorurteil wird abgeändert und der Berufung der Gewerkschaft stattgegeben. Die Klage der Arbeitgeber wird somit kostenpflichtig abgewiesen. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf eine Million Mark festgelegt.

Dieser Spruch des Landesarbeitsgerichts wird ohne Zweifel die Einlegung der Revision beim Reichsarbeitsgericht durch die Arbeitgeber zur Folge haben. Es ist übrigens zu berücksichtigen, daß er als unteilhaftes Urteil vorläufig vollstreckbar ist, d. h., daß der Lohnschied bis zu einer gegenteiligen Entscheidung der obersten Instanz Rechtswirkung erlangen könnte. Es ist aber anzunehmen, daß die Gewerkschaften von der in diesem Urteilsstand liegenden Möglichkeit keinen Gebrauch machen werden. Vielmehr werden voraussichtlich Anfang der nächsten Woche die Verhandlungen beim Regierungspräsidenten Bergemann in Düsseldorf fortgesetzt werden. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaften nach dem jetzt vorliegenden obigen Urteil keinesfalls geneigt sein werden, von dem Lohnschiedspruch abzugehen.

Tarifbindungen in Mitteldeutschland.

50 000 Arbeiter sollen betroffen werden.

— Halle, 23. Nov.

Der Arbeitgeberverband für die mitteldeutsche Metallindustrie hat die Tarifabkommen vom 31. Dezember d. J. gekündigt. Die Kündigung erstreckt sich auf Lohntafel, Arbeitszeittafeln und Manteltarif. Betroffen werden in den drei Tarifgebieten Magdeburg, Halle und Anhalt insgesamt etwa 50 000 Arbeiter. Die Kündigung erfolgt zwar zunächst, um eine Vereinigung der Tarifverhältnisse herbeizuführen und einem erwarteten Vorgehen der Arbeitnehmer-Schaft zuvorzukommen. Daneben ist aber ein Zusammenhang mit dem Konflikt bei Arbeit Nordweitz nicht von der Hand zu weisen, da die mitteldeutsche Maschinenindustrie in hohem Maße von Materiallieferungen aus dem Westen abhängig ist.

Rückblick.

Nach vielmonatlicher Abwesenheit und Genesung von schwerer Krankheit hat Reichsanwaltminister Dr. Stresemann sofort nach Wiederübernahme seiner Amtstätigkeit dem Reichstag über die Wege und Absichten der deutschen auswärtigen Politik in einer großen, teilweise auf ungewöhnlich hohem Niveau stehenden Debatte Rede und Antwort gehalten. Die Zeit seines fernsteins vom Amt war ungewöhnlich reich an außenpolitischen Geschehnissen erster Ordnung. Zu ihnen allen hat der Reichsanwaltminister in einer kurzen, vorher zu Papier gebrachten Erklärung Stellung genommen, soweit die Entwicklung der Dinge dies gestattete.

Die sehr zurückhaltende Art und Weise, mit der er Deutschlands Stellung gegenüber den dunklen Vorgängen bei Verschluß und Auseinanderfallen des französisch-englischen Seepacts präziserte, hat sonderbarer Weise, obwohl sie von einem Teile der deutschen Presse geradezu als eine höfliche Verneinung gegenüber England gedeutet worden ist, sowohl in der Mehrzahl der englischen als auch der französischen Blätter, ungewöhnlich scharfe Kritik erregt. Führende englische Organe sprachen geradezu von Angriffen gegen die englische Politik.

Die Gründe für diese Haltung der Londoner und Pariser Presse sind mannigfaltiger Art. Die deutschen englischen Beziehungen erfreuen sich — wenn man so sagen darf — besonders in der letzten Zeit in Frankreich sehr starker Aufmerksamkeit und noch dieser Tage verurteilt der „Temps“ in einer langen Berliner Korrespondenz das Entfallen eines klaren deutsch-englischen Gegensatzes festzustellen. In England selbst fälligen die denotierenden Maßnahmen oft genug und oft mehr als zutreffend die tatsächliche Einstellung der Politik und Journalisten zu den Problemen, und jede Forderung, die in dieser Zeit von jenseits des Kanals zu uns herüberbringt, muß also mit dem berühmten Körnchen Salz genossen werden. Allerdings ist für die Haltung der konservativen englischen Blätter noch zu bedenken, daß merkwürdige Tage vor Stresemanns Erklärung zur Außenpolitik das englische Kabinett in Berlin beruhigende Erklärungen über den augenblicklichen Geist der englischen Politik und den Sinn des Flottenabkommens abgegeben ließ. Vielesicht hatte man in konservativen englischen Kreisen gehofft, Dr. Stresemann würde mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reparations- und Räumungsverhandlungen die internationale Höflichkeit so weit treiben, daß er die erwähnten englischen Erklärungen benutzen werde, um der augenblicklichen englischen Parlementsmehrheit die Abwehr der sehr unangenehmen liberalen und arbeiterparteilichen Angriffe gegen die Außenpolitik in der Wahlkampagne zu erleichtern.

Daß der gegen Dr. Stresemann von der äußersten Rechten eingebrachte Mißtrauensantrag nach der außenpolitischen Debatte mit übermächtiger Mehrheit abgewiesen und so dem augenblicklichen Kabinett ein besonders klares, indirektes Vertrauensvotum erteilt wurde, hat seinen Grund nicht nur in der Tatsache, daß erneut Verhandlungen über die große Koalition auf Anregung des Reichstagslers, wie es heißt, ins Rollen gebracht worden sind, sondern auch darin, daß man bei mehr als einer Partei des Hauses die Konsolidierung der Regierung auf möglichst längerer Grundlage gerade angeht für die bevorstehenden und so überaus bedeutungsvollen internationalen Verhandlungen wünscht. Außerdem galt es aber auch, den peinlichen Eindruck zu verweischen, den die Verweigerung der Zustimmung der ungeliebten Panzerkreuzer-Debatte in weltlichen Kreisen hervorgerufen hat. Viele Debatten dieser Art werden weder der Reichstag als solcher noch die einzelnen beteiligten Parteien überleben können, ohne ihre Autorität bei der Wählererschaft auf das Empfindlichste zu schädigen. Die erste Erkenntnis kam denn auch in den Reden der Wortführer fast aller Parteien klar zum Ausdruck.

Während so die Politik innerhalb der souveränen Reichsgrenzen den unterschiedlichsten Schwankungen ausgeht war, hat bei den unter der Herrschaft einer Völkerbundsregierung lebenden Deutschen das Ereignis, daß es sich ein an sich unbedeutendes Ereignis die Unhaltbarkeit des dort durch den Versailles Vertrag künstlich geschaffenen Regimes schlagartig befeuert. Anstelle des bisherigen „Staatskommissars“ der Saargouvernement beim Landesrat, des dem Zentrum nahestehenden Dr. Heym, der in den Ständen der St. Ingberter Sparkasse verwickelt war, ist in Gestalt eines Herrn Dr. Kutenbecker ein Kandidat für